

Märkische Oderzeitung



Strompreise steigen drastisch

Frankfurt (Oder) (MOZ) Am 1. Juli läuft die staatliche Preisaufsicht für die Grundversorgungstarife aus. Die Stromkonzerne müssen sich dann ihre Erhöhungen nicht mehr von den Landeswirtschaftsministerien genehmigen lassen. Die Folge: Preissteigerungen bis 34 Prozent.

Eine aktuelle Marktübersicht des Verbraucherportals Verivox zeigt, dass mindestens 67 Stromanbieter in Deutschland am 1. Juli oder später ihre Grundversorgungstarife erhöhen werden. Deutliche Preisanhebungen angekündigt hat der zum RWE-Konzern gehörende größte ostdeutsche Stromversorger enviaM. Auch Vattenfall-Kunden in Berlin und Hamburg müssen sich auf höhere Preise einstellen. Der Konzern nimmt zum 1. Juli eine Preiserhöhung von 6,4 Prozent vor. Vattenfall Europe-Chef Klaus Rauscher begründet die Erhöhung mit gestiegenen Kosten für regenerative Energien.

Ostbrandenburgs großer regionaler Stromversorger, die EON edis AG aus Fürstenwalde hingegen wird vorerst nicht an der Preisschraube drehen, wie Pressesprecher Horst Jordan gegenüber der Märkischen Oderzeitung erklärte. Im Gegensatz dazu erhöhen die Stadtwerke Frankfurt (Oder) ab 1. August den Strompreis in der Grundversorgung local energy classic um netto um 1,1 Cent pro Kilowattstunde. Das hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke in seiner Sitzung am 23. Mai beschlossen, so Unternehmenssprecherin Antje Liesenfeld.

Nach Berechnungen von Verivox gehören die Strompreise in Deutschland zu den höchsten in Europa. Hier zu Lande kostet demnach eine Kilowattstunde 21 Cent, in der Schweiz nur 11,6 Cent und in Frankreich 12,4 Cent. Für die Kunden besteht die Möglichkeit, den Anbieter zu wechseln. So könne ein Haushalt mit vier Personen bis zu 100 Euro pro Jahr sparen. Zu den Kritikern der Stromanbieter, die an der Preisschraube drehen, gehört auch der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU). "Es war ein Fehler der Politik, die Strompreise freizugeben", unterstreicht in diesem Zusammenhang Verbandssprecher David Eberhart. Unterdessen hat die Bundesregierung weitere Maßnahmen für günstigere Energiepreise auf den Weg gebracht. Das Kabinett beschloss am Mittwoch in Berlin die geplante Anreizregulierungs- sowie die Kraftwerknetzanschlussverordnung, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. Beides gehört zu dem von Wirtschaftsminister Glos (CSU) vorgestellten Paket für mehr Wettbewerb im Energiemarkt. Dadurch sollen sich die Verbraucherpreise für Strom und Gas verringern. Zum 1. Juli wird der Strom für viele Haushalte dennoch erst einmal teurer. Bei der ab 2009 geltenden Anreizregulierung müssen die Betreiber von Strom- und Gasnetzen die Gebühren, die sie für die Netznutzung berechnen, schrittweise dem Niveau des günstigsten Anbieters angleichen.

Mittwoch, 13. Juni 2007 (16:53)